Berlin, 26. Februar. Nach einer dem Bundesrathe zugegangenen Abrechnung betragen die Matrikular-Beiträge der Bundesstaaten pro Rechnungsjahr 1880/81 97 Millionen Mark, 7½ Millionen mehr als im Vorjahre. Auf Preußen allein entfallen 48½ Millionen, auf Bayern 19½ Millionen Mark

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Im Neubau nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Nachnahme. Acht Seiten kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer über nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Emil Hirschfeld's Reit-Institut, Tattersall u. Pensionsstallungen, 2 Struvestrasse 2. Elegant und comfortabel eingerichtete Reitbahn, Garderoben u. Stallungen. Vorzüglicher Reitunterricht für Damen, Herren u. Kinder zu jeder Tageszeit. Ausleihen eleganter Reitpferde u. Fahrgeschirre zum Selbstkutschiren. Aufnahme von Pensionspferden. Grosse Auswahl von Reitpferden zum Verkauf.

Nr. 58. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Zeitweise unruhig, unbeständig, Niederschläge, etwas über Null. **Dresden, Freitag, 27. Februar.**

Politisches.

Fürst Bismarck's Anwesenheit in Berlin hat schon öfter eine unmittelbare Wirkung auf Volk und Volksboten an der Spree gehabt, diesmal indeß bleibt er recht lange ein stiller Mann. Nur durch die Spalten der „Nordd. Allg. Ztg." rollen die Donner seiner politischen Pläne. Sonst rollen die Donner nach dem Blitz, aber in der Bismarck'schen Aera gehen sie mächtig dem Blitz voraus; dieser dürfte nächsten Montag in Form der ersten Reichstagsrede des Kanzlers im Saale unserer Volksvertreter einschlagen und nach dem Donner zu urtheilen, wird der Blitz ziemlich grell leuchten. „Gegen Rußland", ist die Devise und was das Leiborgan des Reichskanzlers unterdeß auf- und abwiegelt, ändert an dieser Tendenz Nichts. Seit Busch's Enthüllungen kennt man Bismarck's Verhältniß zu dem offiziös angehauchten Berliner Blatt und es hilft Nichts, nachträglich zu erklären, für die Politik dieser Zeitung sei nur deren Redaction verantwortlich. Der leitende Staatsmann unserer auswärtigen Politik braucht zu der Militärvorlage am Montag nicht eben Krieg, wohl aber eine Kriegsmöglichkeit und diese läßt sich allerdings aus den russischen Befestigungen Grodno, Kowno und Bialystock herauslesen. Rußlands unbefestigte Grenze gegen Deutschland gab bislang der Meinung Ausdruck, ein deutsch-russischer Krieg sei, der „engen Freundschaft" der Länder gemäß, eine Unmöglichkeit. Von nun ab hält man hüben wie drüben denselben für eine Möglichkeit — das ist die Aenderung der Lage und sie ist wichtig genug und für Deutschland, dem die russische Freundschaft schon viel gekostet hat, dem sie ein Hemmschuh war freier politischer und industrieller Entwickelung, ist diese Verschiebung der Lage gar nicht so schlimm.

Schlimm ist nur, daß sie von Deutschland nur militärisch ausgebeutet werden soll. Als Rußland bei Plewna festgenagelt stand und an Bismarck die Ansuchen gelangten, just nun Vortheile für den deutschen Handel an der russischen Grenze zu erzielen, fand das der Kanzler unedel; die „Nat.-Ztg." führte damals aus, das dankbare Rußland werde nach Freiwerden seiner Arme aus der Umarmung Osman Paschas, freiwillig uns Handelsvergünstigungen gewähren. Bekanntlich trat das Umgekehrte ein. Textilindustrie, der wichtige Klavierimport, feine Stahlwaaren und neuerdings die deutschen Hütten-Erzeugnisse und Werkzeugfabrikate Sachsens, wurden schwer durch neue Zölle oder veränderte Rubricirung getroffen. Trotzdem wiederholt sich das Spiel von 1877. Wohl wird der Reichskanzler von den Rüstungen Rußlands sprechen, um die Nothwendigkeit der neu zu creirenden deutschen Bataillone darzuthun; aber einen Vortheil für den deutschen Export wird man edel wie wir sind, jetzt nicht erzwingen wollen, wo Kaiser und Reich jenseits des Niemen tieferschüttert sind durch die bösen Nihilisten. Es ist traurig, zu sehen, daß der humanitäre Fortschritt auch von den Staaten nicht ehrlich gewünscht wird, die wie Deutschland, die Mission haben, die Weltkultur friedlich zu fördern. Das Säbelrasseln Rußlands an seiner Grenze muß Vorwand abgeben zu Kriegsrüstungen bei uns — aber einen Einfluß, Rußland auf dem natürlichsten Wege uns friedlich und freundlich gesinnt zu machen, versucht man von Berlin aus nicht. Mit der Verfluchung oder Verspottung des Nihilismus ist es nicht gethan. Die Mächte, welche dem erschütterten Kaiser Alexander Glückwunsch-Telegramme schicken, sollten daran die Mahnung knüpfen, jenem Reiche eine menschenwürdige Antheilnahme an seinen Geschicken, an der Regierung, zu gestatten. Was den einzelnen Menschen und die Völker zu Empörung und Verbrechen treibt, sind nicht die Leidenschaften an sich, sondern die Unveredeltheit der Leidenschaft. Die Unterdrückung einer vorhandenen Kraft, eines starken Dranges durch Gewaltmaßregeln und Abstinenz, ist ein ganz fehlerhaftes Gebahren bei dem Individuum wie bei den Völkern. Die Erziehungskunst des Menschen wie der Menschheit muß darauf gerichtet sein, die Leidenschaften von der rohen Kraftäußerung ab, in edlere, mildere Bahnen zu lenken, dorthin, wo sie statt Schaden zu stiften, Nutzen bringen würden. Wenn man den Nihilismus wirklich ausrotten könnte, so blieben seine Wünsche und Strebungen: Mittheilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, Reinigung bestechlichen Beamtenthums, Abschaffung des verderblichen Absolutismus, im Stillen fortbestehen — eine andere Partei nähme immer wieder die nur durch Gewalt sistirten Pläne auf. Erst wenn relativ Ruhe herrscht in Rußland, Zufriedenheit aller Klassen mit dem Staatssystem, wird Rußland friedlich für uns werden. Es wäre beschämend, mit einem kriegerischen weil revolutionären Rußland zu coquettiren, blos um einige deutsche Regimenter neu begründen zu können. Möge die Liebe unseres Kaisers für Alexander II. in dem Rathe gipfeln: trotz des Nihilismus dem Nachbarlande Menschenrechte, Spielraum für die Entwickelung der Volkskräfte zu gewähren.

Nächst der deutschen Militärvorlage an den Reichstag am 1. März und dem russischen Kaiserjubiläum am 2. März nimmt eine profaische Frage vieles Interesse in Anspruch. Wirklich sollen die Tabaksteuereinnahmen enorm hinter den Voranschlägen zurückgeblieben sein und sobald Fürst Bismarck die Militärnovelle durchgedrückt habe, soll er mit dem Tabaksmonopol wieder hervortreten wollen. In einer fortschrittlichen anti-monopolistischen Korrespondenz finden sich folgende interessante Ausführungen:

„Bei Cigarren hat die Steuererhöhung bisher wesentlich nur in der Qualität und im Format angefangen einen Ausdruck zu finden. Dagegen ist beim Rauchtabak eine Preiserhöhung gefolgt, welche gerade bei den vom gemeinen Mann gerauchten Sorten am stärksten zum Vorschein gekommen ist. Aus den bei der Cigarren-Fabrikation übrig gebliebenen Rippen wird der sogenannte Rippentabak fabricirt. Diese Rippen, die man sonst für 8 bis 12 Mark pro Centner verkaufte, sind auf 24 bis 30 Mark im Preise gestiegen. In Folge dessen kostet der daraus hergestellte Tabak, der bisher zu 25 und 30 Pf. verkauft wurde, jetzt 60 bis 80 Pf. das Pfund im Detailhandel. Dies hat alsbald eine Abnahme des Verbrauchs herbeigeführt, welche sich bei den Krämern auf dem platten Lande am meisten fühlbar macht. In den kleineren Tabakfabriken sind in Folge dessen, wie z. B. aus Hannover gemeldet wird, fast ausnahmslos die Hälfte der Arbeiter und noch mehr entlassen. Größere Firmen lassen noch ihre vor der Zollerhöhung eingeführten bedeutenden Vorräthe aufarbeiten. Nur scheinbar steht hiermit in Widerspruch die Thatsache, daß der inländische Tabaksbau in diesem Jahre an Umfang ganz außerordentlich zunimmt. Der inländische Tabaksbau soll im Uebergangsjahr 1880 nur erst eine ganz mäßige Steuer (20 Mk. pr. 100 Kilo, während der Zoll 85 Mk. beträgt) bezahlen. In der Uckermark ist der Landtabak im Preise um einen noch über den Zoll hinausgehenden Betrag gestiegen. Seit dem 1. Februar hat man zudem an der russischen und holländischen Grenze eine Geheimpolizei in Civil organisiren müssen. Der Tabaksschmuggel wird noch zunehmen, wenn der eigene Tabaksbau für 35,000 Kleinbesitzer, welche bisher sich in den Grenzdistrikten ihren Tabak steuerfrei bauen konnten, nach dem neuen Steuergesetz fernerhin unmöglich wird. In manchen Orten wird schon ca. 95 Proc. geschmuggelter Tabak consumirt."

Nun, beim Monopol wird das nicht besser werden und schon jetzt zeigt sichs, daß die Tabaksteuer ein großer Fehler war.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 26. Februar. Die an der Pariser Börse verbreiteten Gerüchte über neue Attentate in Petersburg und Brände in Rußland werden durch verschiedene bis heute Nachmittag fünf Uhr hier eingelaufene Telegramme vollständig widerlegt, auch die Meldung des Börsencouriers von einem vorgestrigen Attentat auf den Fürsten von Bulgarien ist unbegründet.

Wien, 26. Februar. Die „Wiener Abendpost" meldet: In Folge eines gemeldeten Zusammenstoßes zwischen einer auf dem Uebungsmarsche begriffenen Compagnie mit einer bewaffneten Bande in der Nähe Plewlje's (Bosnien, Kreis Novibazar. Anm. d. Red.) wurden Streifzüge angeordnet, welche die Banden, deren eine sich einer Hammelheerde bemächtigt hatte, bereits zerstreut fanden. Seither ist die öffentliche Ordnung ungestört. Die Truppenkommandanten traten sofort mit den türkischen Behörden in's Einvernehmen.

London, 26. Februar. Reuter's Bureau meldet aus Konstantinopel vom 25. Februar über ein angebliches Attentat auf den Sultan. Bei Papodopulos, einem naturalisirten englischen Unterthan griechischer Abstammung, fand man zwölf Bomben. Bei dem Verhör in der britischen Botschaft, im Beisein des Botschaftsdragoman, gestand Papodopulos, Anfangs das Attentat auf den Sultan beabsichtigt zu haben. Später zog er das Geständniß zurück und behauptete, daß die Bomben bei ihm von seinem Bruder, der ihn denuncirte, niedergelegt worden seien. Sein Bruder Aristarchi, welcher kürzlich zum Islam übertrat, wurde nun ebenfalls verhaftet.

Locales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König nahm vorigen Dienstag den 24. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, die Meldung des neu ernannten Stadtkommandanten, Sr. Excellenz des Herrn Generallieutenant von Funcke und von ½12 Uhr an die Rapports der höheren Beschargen ꝛc. entgegen.

— Der Oberlehrer am Wettiner Gymnasium in Dresden, Dr. phil. Otto Meltzer, hat den Titel „Professor" erhalten.

— Landtag. Die 1. Kammer hielt gestern bezüglich des Gesetzentwurfs über die gewerblichen Lehranstalten in der Hauptsache bei ihren früheren Beschlüssen stehen. Die 2. Kammer arbeitete ihre reiche Tagesordnung in 5-stündiger Sitzung auf. Zuerst referirte Abg. Leutritz über die Einnahmen aus Steuern und Zöllen. Bezüglich der Einkommensteuer kam es zu einer längeren Debatte über das Einkommensteuergesetz selbst. So lange man bei uns die Steuerdinterziehung, meinte Abg. Matthes, nicht dem Diebstahle gleich behandle, sei die Bahn für die Einkommensteuer nicht geebnet. Die Progression der Steuer sei ungerecht; sie drücke den Mittelstand, ohne die unteren Klassen zu entlasten. Dadurch, daß man das Einkommen auf seine Familienglieder vertheile, entgehe man den Folgen der Progression; eine solcher Zustand erschüttere das Rechtsbewußtsein. Redner tadelte ferner, daß kein Unterschied zwischen fundirtem und nicht fundirtem Einkommen gemacht werde. Der Großgrundbesitzer komme besser weg, als der Bauer, der keine Buchführung habe und auch in 100 Jahren noch nicht haben werde. Abg. Oehmichen entgegnete, daß man heute, wo sich die Einkommensteuer noch nicht eingelebt habe, nicht an eine abermalige Revision denken könne. Die Einkommensteuer wirke keineswegs demoralisirend; im Gegentheil habe sie bereits einen sehr guten Einfluß geübt. Er wünschte einige Veränderungen der Ausführungsverordnung, namentlich Vermeidung zu kleiner Abschätzungsbezirke. Abg. Günther klagte, auch heute wieder die Kassandra-Rolle übernehmen zu müssen. Leider hätten sich seine Voraussagungen erfüllt. Von allen Seiten würde über ungleichmäßige Progression ꝛc. geklagt. Auch dem Staate habe die Einkommensteuer den gewünschten Nutzen nicht geschafft. Als der Minister neulich von einem weiteren Zuschlage auf dieselbe gesprochen, sei ein allseitiges „Nein, nein!" erklungen. Auf eine objektive Steuer würde man willig Zuschläge angenommen haben. Die Einkommensteuer treffe die Einkommen nicht richtig. Das beweise der Umstand, daß von einer Million Steuerpflichtiger nur 200,000 ein Einkommen von über 1000 M. und nur ca. 29,000 ein solches von über 3300 M. deklarirt hätten. Er frage, ob diese geringe Anzahl wirklich im Stande sei, all die besseren Dinge zu konsumiren, die konsumirt werden?! Vicepräsident Streit wies den Redner daraufhin, daß er und seine Collegen es gewesen, welche die Einkommensteuer erst heraufbeschworen. Man verwechsle meist den jetzt allgemein gewordenen Steuerdruck fälschlicherweise mit den Wirkungen der Einkommensteuer. Abg. Philipp beschwerte sich über Indiskretionen seitens der Mitglieder von Abschätzungskommissionen und verlangte, daß hierbezüglich ein Exempel statuirt werde. Auch Abg. Dr. Krause ließ seinen Kassandra-Ruf ertönen; auch er hat vorausgesagt, wie es kommen würde. Hierauf erklärte Dr. Heine, daß er sich gleichfalls den Genuß gönnen wolle, das Eintreffen seiner Prophezeiungen zu konstatiren. Man sehe jetzt deutlich, daß nichts anderes übrig bleibe, als die Verbindung der Einkommen- mit einer objektiven Vermögenssteuer, indem man jetzt sogar das Geld auf dem Kirchhofe (Erbschaftssteuer) suchen müsse, weil man nicht wisse, woher es nehmen. Abg. Uhlemann wollte nicht einzelne Schattenseiten der Einkommensteuer verkennen, aber jede Steuer drücke. Es sei dankenswerth, daß der Finanzminister jetzt keinen weiteren Zuschlag auf die Einkommensteuer vorgeschlagen; in 10 Jahren indeß werde die Einkommensteuer ganz gut als Ausgleichssteuer dienen können. Finanzminister v. Könneritz verzichtet auf lange Auseinandersetzungen auf die Angriffe gegen das Gesetz, die ihm lebhaft in die Zeit der Berathung desselben zurückversetzt hätten. Wenn Matthes die preußische Scala empfehle, durch die unsere aber die mittleren Einkommen sehr gedrückt erachte, so sei dies ein Widerspruch, denn die preußische Scala sei den mittleren Classen ungünstiger. Die Klagen über die Steuer hätten früher ebenfalls bestanden und diese Klagen hätten ja eben zur Einführung der Einkommensteuer geführt. Wenn heute eine Erhöhung der Gewerbe-Steuer vorgeschlagen werden müßte, würde der Ruf „Nein, nein!" gewiß nicht minder lebhaft erschallen. Abschätzungskommissions-Mitglieder könnten wegen begangener Indiscretionen nur auf Antrag bestraft werden. Wenn ihm Abg. Günther einen Entwurf vorlege, der alle Mitglieder des Hauses befriedige, werde er der Einführung einer objektiven Steuer nicht entgegen sein. Abg. Kirbach drückte seine behagliche Stimmung darüber aus, daß er in aller Seelenruhe zuschauen könne, wie Abg. Günther u. Gen. die Trauerweide auf dem Grabe der Gewerbe- und Personalsteuer begossen. Eine Petition der Handelskammern zu Leipzig und Plauen, wünscht, daß bei Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens aus Handel u. Gewerbe der dreijährige Durchschnitt zu Grunde gelegt werde. Für diese Petitionen sprachen die Abgg. Georgi, Scheller, Eichorius und Kirbach, dagegen die Abgg. Leutritz, Meichsner und Dr. Minckwitz, worauf man dieselben auf sich beruhen ließ. Die Einstellungen der Steuerpositionen erfolgte demnach der Regierungsvorlage gemäß, mit Ausnahme der Zölle und Verbrauchssteuern, die mit 5,665,905 Mk., d. i. 1,265,316 Mk. weniger als ursprünglich eingestellt, eingestellt wurden. Der Ausfall erklärt sich aus den infolge der neuen Armeevorlage zu erwartenden Mindereinnahmen. Zur Erwerbung eines Grundstücks für die Amtshauptmannschaft zu Glauchau (Ref. Abgeordneter Scheller) wurden 60,000 Mark als Berechnungsgeld bewilligt. Abg. Oehmichen klagte über den schlechten Zustand der Meißner amtshauptmannschaftlichen Lokalitäten. Minister von Nostitz-Wallwitz erwiderte, man sehe daraus, daß auch bei den Amtshauptmannschaften gespart würde. Die 1. Kr. hat den Antrag wegen Abminderung der Gerichtskosten bekanntlich abgelehnt. Die diesseitige Deputation (Ref. Dr. Minckwitz) schlägt vor, den Antrag aufrecht zu erhalten. Abg. Freytag wies auf das Vorgehen der bayrischen und württembergischen Kammern hin und brachte einige drastische Beispiele über die Höhe der Gerichtskosten und Vorschüsse bei. Für eine Zwangsvollstreckung wegen 8 Mark sei ein Kostenvorschuß von 15 M. gefordert worden u. dgl. m. Abg. Lehmann ersuchte um möglichst wenig drückende Ausführung des Gerichtskostengesetzes. Justizminister Dr. von Abeken vermochte sich einige der von Freytag gegebenen Beispiele nur so zu erklären, daß Seitens des betreffenden Gerichts das Gesetz falsch angewendet worden. Wenn die Erfahrung ergäbe, daß das Gerichtskostengesetz zu große Lasten mit sich führe, werde die Regierung für eine Herabsetzung der Gerichtskosten eintreten. Die Kr. hielt den Antrag aufrecht. Der Gesetzentwurf, durch welchen die Gerichtskosten in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit um 25 Procent erhöht werden, fand gegen 2 St. Annahme, nachdem konstatirt worden war, daß sich die Erhöhung lediglich auf die Gerichtsgebühren, nicht aber auch zugleich auf die Verläge beziehe. Schließlich kamd noch zu einem längeren Wortgefecht über den Antrag Walter und eine Petition Dresdner Rechtsanwälte um Zulassung der bei den Landgerichten practicirenden Dresdner Rechtsanwälte beim Oberlandesgericht und umgekehrt (Ref. Abg. Bönisch). Die Abgg. Ackermann, Dr. Schaffrath, Dr. Minckwitz und Lehmann enthielten sich hierbei der Abstimmung. Für Antrag und Petition sprachen Abgg. Walter, Freytag, Dr. Meichsner, Dr. Böhme, Vicepräsident Streit und Bönisch. Dafür verwendeten sich Abgg. Sprck und Bodel, welche die Angelegenheit der Regierung nur zur Erwägung überweisen wollen. Ein Antrag, der dadurch bedeutungslos wurde, als Justizminister Dr. v. Abeken in Aussicht stellte, daß das Resultat der Erwägung dem Antrage Walter nur ungünstig ausfallen könne. Abg. Kirbach erklärte Namens seiner Fractions-Genossen, gegen Berücksichtigung wie gegen Erwägung zu stimmen. Dem Abg. Walter entgegnete er, die Kammer habe keine Ursache, ihr das Bequemlichkeits-Interesse des Dresdner Publikums einzutreten, das so wie so schon sehr bevorzugt sei. Er bestritt zugleich dem Abg. Walter das Recht, sich als Vertreter der speciellen Interessen des Gewerbestandes zu geriren. Abg. Walter beklagte sich über den Ton, den Abg. Kirbach (der als Voigtländer immer etwas massiv auftritt) ihm und anderen Kammermitgliedern gegenüber anschlage, als wäre er allein unfehlbar. (Sehr wahr!) Er verbitte sich das für die Zukunft, sonst werde er einmal grob. (Heiterkeit.) Abg. Kirbach replicirte, daß er blos Walters autoritatives Auftreten gekennzeichnet habe. Das sei keine Beleidigung. Schließlich wurde der Antrag Walter und die genannte Petition der Regierung zur Erwägung überwiesen.

— In Gegenwart des Geh.-Raths Dr. Freiesleben, sowie Sr. Exc. des Grafen Vitzthum v. Eckstädt, des Administrators der Gymnasialstiftung fand gestern unter Leitung des Rektors Prof. Ziel als Kgl. Prüfungs-Commissars die Reifeprüfung am Vitzthum'schen Gymnasium statt. Sämmtliche 11 Abiturienten wurden für reif befunden, und zwar erhielten zwei die Censur I, einer Ib, einer IIa, zwei II, einer IIb, zwei IIIa und zwei III.

— Heute darf, des Bußtages wegen, laut Kommandanturbefehl von gestern, außer Feueralarm beim Militär kein Spiel geführt werden.

— Am Mittwoch Nachmittag hat in einem hiesigen Restaurant wieder einmal eine jener Albernheiten stattgefunden, welche die Studenten Paukerei nennen. Eine Anzahl der auf dem hiesigen Polytechnikum Studirenden hat sich daselbst eingestellt und nach gewissenhafter Erfüllung der Vorbedingungen (es sollen sogar Sägespäne gestreut worden sein, um Blutflecken vom Parquet des Saales abzuhalten) — ist „gepaukt" worden. Wenn dabei auch nicht auf Tod und Leben losgehauen wird, so zerfetzt man sich doch gegenseitig mit besonderem Gaudium die Gesichter und auch bei dieser Paukerei ist einem der „Herren" ein hübsches Stück Fleisch aus dem Backen gehauen worden. Es ist geradezu unbegreiflich, daß heutzutage noch diese, dem verdrehtesten Begriffe von Ehre entspringende Albernheit gepflegt wird, der auch, leider Gottes, stets Rohheit zu Grunde liegt. Mit Recht empört jeden sittlich fühlenden Menschen alle Thierquälerei — hier quälen sich Menschen aus purem Uebermuth! Gewöhnlich ist das dritte, vierte Wort angehender Gelehrter: Logik! wunderlich nur, daß solche Duellanten und Paukanten das gräßlich Unlogische dieser als etwas „Würdiges" gepflegten Dummheit nicht einsehen. In Berlin ist ein Student im Pistolenduell erschossen, ein anderer in einem Säbelduell so zugerichtet worden, daß der Arm abgenommen werden muß, und in Leipzig gelangen Anfangs März vor der Strafkammer II des Landgerichts zwei Anklagen wegen Duells unter Studenten zur Aburtheilung. Man sieht, wie sehr diese gefährliche und weil ganz unlogische auch ganz zwecklose Spielerei getrieben wird, zu welcher die sogenannten Paukereien so quasi die Vorübungen bilden. Es ist recht gut, wenn die „alten Herren" bei der und jener Gelegenheit mit den Abgängern der Hochschulen, den Stu-